

In der Hauptgeschäftsleitung über den im Stadtteil und den Beuronen erreichtes Ausgaben abgeleitet: vierteljährlich 4.40, bei gewöhnlicher Städtezeitung bis zum 4.40. Durch die Post bezogen in Deutschland und Österreich: vierjährlich 4.40. Direkt zugängliche Auslandszeitungen: monatlich 4.70.

Die Wochenzugabe erscheint täglich mit Zusatzseiten nach Sonn- und Montag 4.7 Uhr, die Abend-Zugabe Sonntag 5 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Johannstraße 8.

Die Expedition ist Montag zu unterscheiden, geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Filiale:

Otto Riemann's Cottont (Alfred Hahn), Universitätsstraße 1.

Somis Witten.

Ritterstraße 14, port. und Königstraße 7.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Nr. 321.

Donnerstag den 4. Juli 1895.

89. Jahrgang.

Politische Tagesschau.

Leipzig, 4. Juli.

Auf die Einladung zur Teilnahme an der am 16. Juli in Wuppertal stattfindenden Eröffnung des Reichstags, Freiheit v. Voigt-Länderberg, als „Reichstagsangelegenheit“ an alle Mitglieder des Hauses gefordert hat, liegt bereits eine Antwort von sozialdemokratischer Seite vor. Der „Vorwärts“ schreibt nämlich:

„Das Festmahl, welches Bismarck in Wuppertal eröffnet wird, soll am 16. Juli enthalten werden. Unter Anderem sind alle Reichstags-Abgeordnete an die Feier eingeladen. Bei der persönlichen Freiheit und der allgemeinen Achtung, deren sich der verfeindete Centrumsführer auch bei den Gegnern erfreut, werden gewiss viele dem Ruf folgen.“

Die neue Missachtung, welche die Sozialdemokratie der ultramontanen Propaganda, dem Gebenwerke Windthorst's, in demonstrativer Weise bei jeder Gelegenheit zu erkennen gibt, beweist, daß die freudige Aufnahme, welche die Einladung beim „Vorwärts“ findet, nicht auf die persönliche Freiheit und die „allgemeine Achtung“, deren die verfeindete Centrumsführer sich erfreut, sondern auf den Wunsch der sozialdemokratischen Führer zurückzuführen ist, der Demonstration vom 23. März gegen eine Erhöhung und Begrenzung des fürsten Bismarck eine andere folgen zu lassen, die jener ersten noch gebührender Charakter aufweist. Die Herren Siegfried und Singer werden es sich dann auch schwerlich nehmen lassen, in Wuppertal das Wort zu ergreifen und die verfeindeten Freunde der kleinen Exzellenz in einer Weise zu feiern, die diese Exzellenz als verächtlichen und verachtenden Gegensatz zu der Verlagerung eines einfachen Glückwunsches für den achtzigjährigen Schmied der deutschen Kaiserkrone ersehen läßt. Welcher Triumph für den Verfeindeten der Kaiser, wenn ihm nach Wuppertal folgt und wenn selbst die kirchenvorheilige Socialdemokratie mit Wort und That beweist, daß sie gleich dem Centrum den tollen Windthorst einer Ehre würdig erachtet, die dem lebenden Bismarck schändet verloren wurde! Dieser Triumph geht wohl noch über die Erwartung des Präsidenten des deutschen Reichstags hinaus. Dieser wird sich füllen müssen, um mit seiner Rede, die er zweifellos gleich seiner Einladung als „Reichstagsangelegenheit“ betrachtet, nicht hinter den sozialdemokratischen Reden zurückzubleiben, sondern noch klarer und schärfer als sie den Gedanken zum Ausdruck zu bringen, daß in Windthorst's, nicht in Bismarck's Lager die Mehrheit des deutschen Reichstags ist und nicht in Bismarck's, sondern in Windthorst's Hausekapfen dem Ende des Jahrhunderts glorreicher entgegenstreitet.

Da im preußischen Abgeordnetenhaus die Verhandlung über die Interpellation Rintelen wegen des Religionsunterrichts in den Volksschulen bevorsteht, so besteht die „Allm. Volkszeitung“ die Welt auf das Wesentliche von dem vor, was die Centrumspartei bei der Interpellation auf dem Drogen hat. Nachdem das Blatt die Vermuthung ausgesprochen, die Verhandlung der Interpellation sei sowohl dem Kultusminister als auch den Conservativen unangenehm, führt es fort:

„Sie haben aber beobachtet, daß die Stellung des Religionsunterrichts in der Volksschule für die preußischen Katholiken eine Kampflinie ist. Nachdem der Staat das Gesetzschaffen nahezu ganz in seine Hände gebracht hat und einstweilen das Kultusministerium mit unbegrenzter Gewalt im einzelnen Wege des Ministerialerordnungs auf diesen Gebiete verfüghet, ist es ein Bedürfnis ersten Ranges, daß die Erteilung des katholischen Religionsunterrichts absolut frei in den Händen der

Kirche und unbeeinflußt von der staatlichen Gewalt sei und darin gesichert werde. Wir werden hier bestimmt nicht von einem Neuerungsplan, bestimmung der Seiten des Religionsunterrichts u. s. w., bei dem eine Verständigung zwischen Staat und Kirche eintreten kann, sondern von dem Jubel des Religionsunterrichts, der mit dem Glauben der katholischen Kirche ist, denn und dieses Glaubens, wenn auch nur in den Grundzügen, so doch in seiner gesammten Ausdehnung anstoßen muß. Von dieser Forderung werden die Katholiken niemals lassen, eben weil sie naturgemäß auf den Beginn der katholischen Kirche hören. Welchen verdienstvollen Zweck der Staat haben sollte, bleibt allerdings nicht sein, und wenn Dienstleben Recht behalten, welche behaupten, daß es sich höchstens um den kleinen Abstand von einigen tausend Stimmen handle, so ist der ganze lange Kampf nur ein Streit um das Kaiser's Wahlrecht gewesen. Da vermeiden ist noch, die ultramontane „Pap“ den Entwurf sehr wohlwollend bearbeitet, doch sie aber dennoch gewisse „Correctiven“ gegen die Wirkungen des nahezu allgemeinen Stimmrechts verlangt, und unter diesen Correctiven steht die Förderung des mehrfachen, vom Staat abhängigen Wahlrechtes und die Einführung des Wahlzettels eben an. In letzterer Hinsicht kann man, wenn man an die unaustrittbare Gewohnheit weiter bürgerlicher und liberaler Kreise, am Wahltage zu Hause zu bleiben, statt von seinem Staatsbürgerschen Rechte Gebrauch zu machen, den ultramontanen Blatt sicher nicht Urechte geben.

Diese Ausschreibungen zeigen deutlich, wohin der Schwerpunkt in der Verhandlung fallen wird. Die staatliche Gewalt und Kontrolle des Religionsunterrichts in der Volksschule ist es, woran aus jeder Seite Lust ist genommen wird. Diese Aussicht aber ist eine logische Folge des Grundzuges der Hall'schen Verordnung über den Religionsunterricht in den öffentlichen Volksschulen vom 18. Februar 1875, daß der Religionsunterricht ebenso wie jeder andere Unterricht im Auftrage des Staates erzielt wird. Das Centrum kann sein Gelingen nicht abgrenzen, über diese rein theoriefrage eine Kulturkampfschlacht vom Banne zu brechen; denn obwohl nicht die geringste Klage darüber laut geworden ist, daß irgendwelche unzulässigen Religionslehrer die Verflanzung der reinen Lehre verschmäht worden wäre, der Kultusminister auch bei der letzten Klassecke noch категорisch erklärt hat: „Und Dogma mischen wir uns nicht ein“, verlangt das Centrum jetzt nicht nur den ausgeschlossenen Bericht auf jede Aussicht über den Religionsunterricht, sondern auch noch Garantien für die Zukunft. Es wird sich in der Verhandlung der Sache zeigen müssen, ob die preußische Regierung gewillt und möglich ist, nicht nur theoretisch die Autorität ihrer Chor und Verantwortungen aufrecht zu erhalten, sondern auch, wenn erforderlich, von ihrem Rechte praktischen Gebrauch zu machen.

Der beschlossene Entsendung eines deutschen Gesandten nach Morosko wird in London und Madrid das rechte Interesse zugemessen. Man erkennt dort die Gerechtigkeit der Befreiungsgrinde, welche für das Vorgehen Deutschlands wahrend sind, ja man erträgt bereits die Aussichten einer etwaigen kombinierten Action der Mächte gegen das überhandnehmende Piratenunwesen in den marokkanischen Gewässern. Letztere Gewässer findet namentlich in England lebhafte Verantwortung. Es liegt im eigenen Interesse der marokkanischen Regierung, welche für allen den Kifferaten angewiesenen Schaden pecunial aufzunehmen hat, daß diesem Gefinde sein gemeingefährliches Handwerk gründlich gelegt würde. Mit einer bloßen Klassen-Demokratie europäischer Geschlechter kommt man aber nicht weit, da die Piraten nun genug sind, sobald sie Gefahr wittern, sich in ihre Heimatshäfen zurückzuziehen, und selbst das eventuelle Bombardement ihrer Anzonen paar Küstendörfern ihnen wenig oder gar nicht imponieren dürfte. Eine Expedition zu Lande würde das einzige Mittel sein, dem Unheil der Piraterie gründlich und dauernd zu steuern, vorausgesetzt, daß sie bis zur vollständigen Vernichtung oder Verängstigunglosen Unterwerfung der Piratentreibenden Stämme vorgetragen würde.

Der neue niederländische Wahlgesetzentwurf des Ministers van Oosten ist endlich der Öffentlichkeit übergeben worden. Er hat den Parteipunktus in der Empfang ein sehr verschiedener, wiewohl die Kritik, wie dies der Natur der Sache nach auch nicht anders sein kann, auf Einzelheiten bis jetzt noch nicht eingegangen ist, sondern sich lediglich um die Frage dreht, inwieweit der Ent-

wurf vom Tatsachen abweicht. Im leidenschaftlichen Hinsicht darf behauptet werden, daß von Oosten die Bestimmung der Verfassung, nach welcher zur Ausübung des Wahlrechtes gewisse Kennzeichen des Wahlkörpers und der Bildung erforderlich sind, in ergerem und beschränktem Maße ausgestellt werden kann, so daß als sein Vorläufer, so daß also zunehmend auch die numerische Ausdehnung des Wahlrechtes hinter dem Tatsachen Plan zurückbleibt wird. Groß wird der Unterschied allerdings nicht sein, und wenn Dienstleben Recht behalten, welche behaupten, daß es sich höchstens um den kleinen Abstand von einigen tausend Stimmen handele, so ist der ganze lange Kampf nur ein Streit um das Kaiser's Wahlrecht gewesen. Da vermeiden ist noch, die ultramontane „Pap“ den Entwurf sehr wohlwollend bearbeitet, doch sie aber dennoch gewisse „Correctiven“ gegen die Wirkungen des nahezu allgemeinen Stimmrechts verlangt, und unter diesen Correctiven steht die Förderung des mehrfachen, vom Staat abhängigen Wahlrechtes und die Einführung des Wahlzettels eben an. In letzterer Hinsicht kann man, wenn man an die unaustrittbare Gewohnheit weiter bürgerlicher und liberaler Kreise, am Wahltage zu Hause zu bleiben, statt von seinem Staatsbürgerschen Rechte Gebrauch zu machen, den ultramontanen Blatt sicher nicht Urechte geben.

Die politische Thätigkeit des neuen englischen Ministeriums hat nunmehr begonnen. Sie besteht in schleunigster Abschaffung der noch reizenden parlamentarischen Gewalt, model die numerische Opposition hilfreiche Hand leistet; und wenn, was als wahrscheinlich gelten darf, die Aufarbeitung des reizenden Venoms bis Sonnabend gelingt, so soll, wie Balfour erklärt, an diesem Tage die Vertragung und am kommenden Montag die Auflösung des Unterhauses eintreten. Damit wäre denn das vorläufige Fazit des statthaften Regierungsschlecks gesetzt, und würde es von dem Ausfall der Neuwahl abhängen, ob die Mehrheit der Wähler den Kabinettswechsel durch ihr Votum nochträglich billigt oder ob sie diesem ihr Heil mit dem liberal-radikalen Programm, wenn auch vielleicht nicht unter der Regie des verfeindeten Venoms, vertrauen will. Nach den Kundgebungen der Prese zu urtheilen, möglicht man freilich die Rolle eines Ministeriums gleicher Art, wie das zurückgetreten, als es aus Weiters angezeigt erachtet, vielleicht weniger deshalb, weil sich eine gewisse und einflussreiche liberale Politiker daran zuwenden, ob, nachdem der greise Gladstone das Zeitalter zwischen sich und dem Ministerium Rosebery in so demonstrativer Weise geschritten, der gemäßigte Liberalismus immer Kraft und Freiheit genug befreien werde, dem vorliegenden Radikalismus erfolgreich Stand zu halten. Die wachsende Gewerbe in englischen Überseestädten, welche mit dem Einflusse der marokkanischen Regierung, welche für allen den Kifferaten angewiesenen Schaden pecunial aufzunehmen hat, daß diesem Gefinde sein gemeinsame Wahlrecht gründlich gelegt würde. Mit einer bloßen Klassen-Demokratie europäischer Geschlechter kommt man aber nicht weit, da die Piraten nun genug sind, sobald sie Gefahr wittern, sich in ihre Heimatshäfen zurückzuziehen, und selbst das eventuelle Bombardement ihrer Anzonen paar Küstendörfern ihnen wenig oder gar nicht imponieren dürfte. Eine Expedition zu Lande würde das einzige Mittel sein, dem Unheil der Piraterie gründlich und dauernd zu steuern, vorausgesetzt, daß sie bis zur vollständigen Vernichtung oder Verängstigunglosen Unterwerfung der Piratentreibenden Stämme vorgetragen würde.

Der neue niederländische Wahlgesetzentwurf des Ministers van Oosten ist endlich der Öffentlichkeit übergeben worden. Er hat den Parteipunktus in der Empfang ein sehr verschiedener, wiewohl die Kritik, wie dies der Natur der Sache nach auch nicht anders sein kann, auf Einzelheiten bis jetzt noch nicht eingegangen ist, sondern sich lediglich um die Frage dreht, inwieweit der Ent-

wickelung eines conservative-ununionistischen Ministeriums dient, als mit der Rückkehr zu einem liberal-radicalen, in weitem der Liberalismus nur so nebenher fungieren würde. Die Liberalen wollen sich für die Zukunft ausschreiben, darüber beklagen sie sich für den Augenblick mit der Rolle einer zamaranten Oppositionspartei, die das Gehabe des Radikalismus mindestens ebenso stark unter Kontrolle nimmt, als die Handlungen der Regierung.

Deutsches Reich.

* Berlin, 3. Juli. Wir haben bisher einer ganz einfältigen Witzteilung, wonach von irgend einer Seite „diplomatische Bedenken“ gegen die Erhebung von Schiffahrts-Gebühren im Kaiser-Wilhelm-Kanal gestellt seien, keine Erwähnung gethan. Der Einspruch über die Auflösung eines solchen sollte sich auf den Vertrag von 1857 über die Aufhebung des Sandpolles führen, worin jede weitere Erhebung von Abgaben für die Benutzung der natürlich Wasserstraßen (großer und kleiner Welt, Sankt) zwischen der Nord- und Ostsee unterstellt wird. Der Unterschied zwischen der Erhebung solcher Abgaben auf natürlichen internationalen Wasserstraßen, die tatsächlich Wegelagerer ist, und der Erhebung von Abgaben für die Verschiffung und Unterhaltung künstlicher Wasserstraßen seitens eines Staates, der eine solche auf seinem Gebiete gebaut hat, ist so einleuchtend, daß es überhaupt scheint, ihn des Nächtern vorzulegen. Die natürliche Wasserstraße zwischen Nord- und Ostsee muß bisher von jedem Schiffe passiert werden, das aus dem einen oder beiden Meeren in das andere wollte; das Kaiser-Wilhelm-Kanal zu benutzen ist Niemand gegangen, auch sonst kann, wie den Weg um das Stager Kap vorzieht, diesen nehmen. Wie die „Wat.-B.“ hört, ist denn auch hier an zuständiger Seite nichts davon bekannt, daß Einwendungen gegen die Erhebung von Kanalguthaben laut gemacht sind.

* Berlin, 3. Juli. In der Wahl im Golberg-Köslin stand der conservative „Reichsbote“ eine sehr ernste Widerrede für die conservative Partei.

Schließlich sagen sie doch als unprüfbar gemachte Wollteile, wenn sie endgültig zu der Meinung gekommen sind, daß die Schuld auf dem westlichen Uferstaaten und deren Friedeiter bei der Regierung liegt: wenn es sich darum handelt, die Opposition gegen die Regierung zu stützen, dann dürfen wir keine Conservativen, sondern müssen Demokraten wählen, weil diese die Regierung gegenüber dem viel rücksichtiger anstreben können, als die Conservativen. Wie standen doch, so wie die Conservativen Partei in der nächsten Zeit bei den Wahlen noch ähnliche Radikalitäten erzielten wird, wie in Golberg-Köslin. Und wäre deshalb doch an der Seite, daß die conservative Partei doch einiges und dann beiden möchte. Wenn es so fort geht wie jetzt, dann geht alles aus dem Sein; und wenn die conservative Partei gebaut ist. Und wenn die conservative Partei sich auf dem Westteil in demagogischer Agitation mit den radikalen Parteien einsetzen möchte, so wäre sie sich recht verloren. Radikal ist deshalb für die conservative Partei schlimmer, als wenn sie auf maßstabbare Verbindungen einsteht. Das kann nur eine Partei, der ähnlich alle Mittel reicht, die von der Agitation los ist und deshalb unmaßstabbare Illusionen als Agitationsmittel braucht. Die conservative Partei aber, wenn sie ihren Prinzipien treu bleiben will, kann das nicht. Möchte man das wohl bedenken, es zu hören ist."

Die extremen Agrarier bleiben indessen unbelastbar. Die Correspodenz des Bundes der Landwirte erhielt ebenso wie das Süderländer „Boll“ den Gruß für die Wohlhabende in dem Umstände, daß der conservative Kandidat sein Mann der „schwarzen Tonart“ war. Auch die „D. Tagessch."

schäfingen, oder die Seidenläden ihrer Städte durch den Genuos zu ziehen.

Und dann war das Unglück gekommen und diesmal vermochte der Vater nicht mehr die Täufung aufrecht zu erhalten, die Gläubiger ließen der Tochter, verstoßenen Frau gegenüber keine Schönung walten, und sie, jäh aus dem Glückstrauum geweckt, ohne Widerstandskraft, ohne wahre Wut und Energie, erlag dem Schicksalsflug.

Möglos, krüppelnd wollte sie dahin, und jetzt am Weihnachtsabend war es, wo man die schamlosen in der Kneipe drangt, die einzige, dem einzigen, unbestrittenen Reizpunkt der Erbach's auf Erbach, das die Gläubiger ihrer nicht streng machen.

An alles dieses und noch vieles Traurige mußte die junge, einsame Frau denken; war es doch natürlich, daß so nahe vor dem Weihnachtsfest die trüben Erinnerungen in ihr lebendig wurden.

Endlich erhob sie sich und sah nach der Uhr. Schon Sechs — und sie hatte ja dem Kind verprochen, Dominus mit ihm zu spielen. Gusschen werde sie gewiß schon voll Ungebußt erwarten.

Dies war in der That der Fall. Das Mädchen saß allein und verborgen am runden Tische des kleinen Speisezimmers und blätterte in einem Bilderkinderbuch.

Als Gussela eintrat, erhob sie sich schnell und schlug das Buch zu.

„Du kommst sehr spät, Mama.“

„So allein, Gusschen, wo ist denn Renate?“

„Habt ich es Dir nicht gesagt, daß die Städterie kein Renate war? Sie wollte nur nicht mit mir Dominus spielen.“

„Warum denn nicht? Du hättest Dir das ein.“

„O mein. Seit sie sechzehn Jahr geworden und vom Papa die Scheiniger Villa geschenkt bekommen hat, ist sie nie angetroffen.“

„Renate ist eine sehr hübsche Tochter.“

„Gusschen“ ermahnte die Stiefmutter, „so spricht eine liebvolle Schwester nicht.“

„Wenn es aber die Wahrheit ist“, beharrte die kleine,

Feuilleton.

Haus Hardenberg.

Roman von Ernst von Walden.

Kritisch rezensiert.

(Fortsetzung.)

Zuletzt am 2. September

leitet die Niederlage davon ab, daß Herr von Gerlach gegen das Tivoli-Programm ablehnend sich verhalten habe. Die „Krantz“ erklärt zwar ausdrücklich, hierauf „ein großes Gewicht“ zu legen, wobei aber zugleich „voll und ganz“ den Tivoli-Standpunkt, indem sie schreibt:

„Politische aber ist jedenfalls, daß die conservativen Partei seit der Tivoli-Verkündung das Bild einer geflohenen selbstbewußten Partei geworden, während sie früher in sich gespannt und zwingend war. Das ist durch diese Umwandlung ein Einfluß nach oben ebenso gewonnen wie, wie es Ansehen und Beziehen im Volke, bzw. auch ethischer Werte Altmann bestimmt. So weit wir leben, ist man denn auch innerhalb der conservativen Partei selbst überall übel, die obige Ausschaltung des „Reichstags“ (sic!) sehr wohl zustimmt mit dem Erfolg der Tivoli-Aktion und wird sich durch Heldorff die Konsensungen in der „Rote“ (sic! Agt.) nicht mehr machen lassen.“

* Berlin, 3. Juli. Von einem Freunde des Humors, welcher an den Kieler Feuerleitern teilnahm, geht der „Kat.-B.“ eine amüsiante Mitteilung zu: Es handelt sich um den Oberbürgermeister (Baumhauer) einer preußischen Stadt (Danzig), welcher in seiner Eigenschaft als früheres Mitglied des Reichstagpräsidenten die Festeite mitmachte. Es wird über ihn berichtet: „Auf dem Hamburger Bahnhof fanden sich die Feuerleiter nach Bekämpfung der von Hamburg auf der Alster-Johu dargebotenen Genüsse ein, um die Eisenbahnhäfen nach Brüssel anzugreifen. Der erste abgehandelte Zug sollte die Buntstifte, regierenden Bürgermeister der Hansestadt und Bischöfchen, der zweite die Buntstifte und Minister, der dritte die Abgeordneten aufnehmen. Als der erste Zug zur Bewegung bereit stand, ließ sich der betreffende Oberbürgermeister in einem Abtheil desselben nieder. Er hatte bereits vor dem Einsteigen einzigen Herren gegenüber, welche Buntstifte darüber äußerten, ob er in den Zug gehörte, bemerkt, daß er „regierender Bürgermeister“ und deshalb besugt sei, den Fürstenzug zu bewegen. Kaum war er auf seinem Platz, als ihm einer der mit der Ordnung des Zuges beauftragten Offiziere antrete, um seine Beglaubigung festzustellen. Offenbar hatte das bürgerliche Kleid (ohne Uniformette?) bei dem Offizier Bedenken angeregt. Der Oberbürgermeister berief sich nicht auf diplomatische Beziehungen, die er früher einmal gehabt, sondern beschämte sich darauf, zu erklären: „Ich bin regierender Bürgermeister.“ Der Offizier zog sich mit höflicher Verbeugung zurück, trat aber, als er auf dem Person erkannt wurde, mit dem er zu ihnen gehörte, wieder in den Abtheil, worin der Helm unserer kleinen Freunde saß und complimentierte denselben mit Freude, indem er ihn auf den Unterschied zwischen dem Bürgermeister einer preußischen Stadt und dem „regierenden Bürgermeister“ einer der deutschen freien und Hansestädte aufmerksam machte. Es ist leicht zu verstehen, daß dieser Vergang erheiternd auf die Feuerleiter gewirkt hat.“

— Anscheinend inspiriert schreibt die „Post“: „Die Wiener „Politische Correspondenz“ hat einen Berliner Brief gebracht, der sich mit den Beziehungen Deutschlands zu England beschäftigt und unter der Voranstellung, daß er offiziellen Ursprung sei, von der bietischen Presse einer gewissen Aufmerksamkeit gewürdigt worden ist. Die „National-Zeitung“ hat schon bemerkt, daß diese Voranstellung nicht zutrifft. Die „Post“ ihrerseits hat vor geruamer Zeit darauf gewarnt, jenen Briefe besonders wichtigkeit beizumessen, jetzt wird aus neuerdings bestätigt, daß der Brief unmittelbar aus unterschiedlichen deutschen Kreisen stammen kann. Die gegenwärtige Regierung hat bisher nicht den Weg verfolgt, sich der „Politischen Correspondenz“ zu bedienen, wenn sie etwas offiziell zu sagen hätte; und es ist kein Zweck abzusehen, weshalb sie jetzt den Umlauf über Wien hätte einzuschlagen sollen. Wenn man sich überaus dafür interessieren sollte, dem Ursprung solcher Auskünfte, welche die wahre Situation erschließen, oder missdeuten, nachzuforschen, wäre es doch das Rathäufigste, die Bezeichnung mit der berühmten Frage: Cui prodest? zu eröffnen.“

— Im „Berl. C.“ lesen wir: „Viele scheint es, als ob tholisch nicht nur die antisemitischen Abgeordneten Wahrheit und Gerechtigkeit, sondern auch noch andere unter dem Titel „Wiener“ verbreiten und Kosten des Reichs zu den Nordostseesensatzen eingeschlagen haben, die auf diesen Sessatzen keinen Anteil hatten. Die „B.“ nimmt den steinkonservativen Reichsrat an, der einen sehr wohlhabenden Verwandten, einen Guiderich, mitbrachte haben soll, und der „Bem.“ nennt den nationalliberalen Senator für Hof, Commerzienrat Wünckler.“

Die Verantwortung für die Richtigkeit dieser Mitteilungen müssen wir den genannten Blättern überlassen.

— Wir haben mitgetragen, daß die deutschen Katholiken im Wahlkreise Westerholt von der konservativen Presse direkt aufgefordert werden, für den politischen Kandidaten zu stimmen. Von freisinniger Seite werden die Geschäfte des Volentiums mittelsbar besorgt. Die „Frei-Ztg.“ berichtet, nachdem der deutsche Kandidat v. Driemborn als Abhänger des — tholisch aussichtslosen — Wahlkreises bezeichnet worden ist:

„Herrn ist es selbstverständlich, daß kein irgendwie freisinniger Mann Herrn v. Driemborn seine Stimme geben kann. Der Abg. Dr. v. Gedigk-Munkel verachtet die Freisinnigen

mit Schneideleien zu über, indem er letzterer Welle entnahm, die sieben blätter auf eine eigene Landkarte verzögert, um Herrn v. Driemborn auf das Schiff zu treiben. Herr v. Gedigk heißtig dabei als „Generalstaatschef“ der konservativen Partei und groß Herrn v. Driemborn das Boot.“ Ob er ja den angeblichen Besuch des Reichstags glaubt. Das mag kein; aber ebenso möglich, wie Herr v. Driemborn den Reichstag betrachtet hat, er dort gegen die freisinnigen Worte und Bedeutungen gekämpft.

Gleichzeitig muß dem Polen zum Sieg verholfen werden!

— Die „Germania“, die über den Nachen Prozeß so lange ihre eigentliche Meinung hatte verschließen müssen und „unparteiische Würdigung der Verhältnisse, rücksichtlose Anerkennung der „Münchner““ vorgespielt hatte, erhöht sich heute in einem geradezu stolzen Waldausbruch auf den Platz, der ihr die ganze schwimme Suppe eingefüllt, den Wolfwirth Welle. Sie nennt ihn — ohne verdeckte Begegnung — einen Lügner, der mit dem bekannten Pastor Thümmler zusammen gearbeitet und dann diesen hineingelegt habe, wie Thümmler andererseits den Welle. Zum Schluß ruft sie „Fürs über Herrn Thümmler und noch mehr fürs über den „Katholiken“ Welle!“ Der Artikel zeigt, daß die „Germania“ trotz allem äußerer Gelüste der letzten Wochen innerlich auf dem Standpunkt jenes Münchner Volks steht, der, ohne sich um die Frage, ob wahr oder nicht, zu kümmern, dem wackeren Wolfwirth Welle den Gewiss zu ruinieren versucht.

— Die „Berl. C.“ meldet:

„Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der neugewählte Ausschuß der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin hat seine erste Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende Dr. Freud teilte u. a. mit: Das Zahl der Versicherungsfürsorge-Blätter in Berlin beobachteten Personen beträgt mehr als 300 Stimmen gewählt worden. In der Größe dieser Majorität drückt sich das erfreuliche Moment des Wahlsieges aus, denn die Tschekos legten alle Hände in Bewegung, um die ersten Wahlgänge durchweg stark zu verbreiten, bevorstehend unter dem Landvolk.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der neugewählte Ausschuß der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin hat seine erste Sitzung abgehalten. Der Vorsitzende Dr. Freud teilte u. a. mit: Das Zahl der Versicherungsfürsorge-Blätter in Berlin beobachteten Personen beträgt mehr als 300 Stimmen gewählt worden. In der Größe dieser Majorität drückt sich das erfreuliche Moment des Wahlsieges aus, denn die Tschekos legten alle Hände in Bewegung, um die ersten Wahlgänge durchweg stark zu verbreiten, bevorstehend unter dem Landvolk.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

— Der Kreis-Bürokrat, Gehoben-Santitätsrat Dr. Reichenbach ist auf dem Landstreit zwischen in gleicher Eigenschaft in den Kreis Wiesbaden mit dem Wohlstand verstreut.“

— Die beiden Schneider Több und Krebs, die anarchistischen Konspirationen und Attentatsprojekte halber vor einigen Monaten in Untersuchungshaft lagen, werden vornehmlich in nächster Zeit in Freiheit gesetzt werden. Die Unterredung hat, wie das „Berl. Tagebl.“ behauptet, gegenstandslos Material nicht ergaben.

— In parlamentarischen Kreisen findet laut der „Kat.-Agt.“ von Neuen die Nachricht Verbreitung und Glauben, daß die Regierung die Absicht habe, den Abgeordneten Freiherrn von Huenne zum Direktionsvorsteher der Centralcafe zur Förderung des gewerkschaftlichen Personalrechts zu ernennen. Die Verhandlungen hierüber sind bereits soweit gebracht, daß die Annahme der Stelle seitens des Herrn v. Huenne nicht mehr befehligt wird.

Volkswirthschaftliches.

Wie für diesen Thall bestimmten Grabungen sind zu richten an den verantwortlichen Redacteur desselben C. G. Lüne in Leipzig. — Spezialzeit: nur von 10—11 Uhr Morn. und von 4—5 Uhr Nachm.

Telegramme.

* Berlin, 4. Juli. Die seit mehreren Wochen schwankenden Beobachtungen, betreffend die Entwicklung eines der ersten rheinischen industriellen Stabillenments in eine Aktien-Gesellschaft, sind zum Abschluß gelangt. Die bekannte, unter der Signatur H. & C. Albert in Bielefeld im Jahre 1868 eingetragene und jetzige in Deutschland und England betriebenen chemischen Werke hat mit Erfolg eine bislang unerreichte Unternehmung gleichartige Branche in den Besitz einer Aktien-Gesellschaft übergegangen, welche unter der Signatur „Chemische Werk“ vor dem H. & C. Albert mit dem Sitz in Bielefeld bei Bielefeld und einem Aktienkapital von zehn Millionen Mark constituit wurde. Die Aktionen werden durch die Vermögensbank und die Nationalbank für Deutschland in Berlin und Frankfurt am Main ausgestellt. Dies hat indessen das preußische Oberfinanzamt den Vorwurf auf Auflösung gebracht. Dieche besteht fern aus den Herren Gottlieb und Friedrichscher Bank in Berlin, Bankdirektor Karl Friedrich Heider in Darmstadt, Director Julius Lippe in Wiesbaden, während den Vorstand Herr Generaldirektor Hugo Müller bildet.

○ Bremen, 4. Juli. (Welt-Telegramm). Der Regierungs-Präsident unterlädt der Deutschen Reichsbank die Ankläge an die Westanwalte und an die finstatische Sparkasse.

W. Petersburg, 4. Juli. (Welt-Telegramm). Es ist hier eine russisch-deutsche metallurgische Aktien-Gesellschaft mit 8 Millionen Rubel Kapital geschaffen worden und hat auch bereits die nötigen Konzessionen erhalten. Der Sitz ist in St. Petersburg, sowie aus die beiden Großindustriellen Russland und Osteuropa.

Die Aktionen werden an den Herren Gottlieb und Friedrichscher Bank in Bielefeld, Bankdirektor Karl Friedrich Heider in Darmstadt, Director Julius Lippe in Wiesbaden, während den Vorstand Herr Generaldirektor Hugo Müller bildet.

Belgischer Zolltarif.

Einem und vorliegenden Ausführlichen der Deutschen Handelskammer in Brüssel entnehmen wir nachstehende Angaben betreffend der angemessenen Erhöhung des belgischen Zolltarifs.

Handelsminister bestätigt diese Vorlage, die seit einigen Tagen leider wenig geprägt ist und nur noch die Zustimmung bei Senat und, als eine vorzüglichliche können Erhöhung des deutschen Aufzehrungssteuern nach Belgien.

Die Zollverhältnisse stehen sich nach ihrem Objekte in zwei Kategorien:

A. Zollerhöhungen auf Nahrungsmittel:

- 1) Getreide und Chocolade (mit Ausnahme der Rohprodukte) 50 Proz. per 100 kg.
- 2) Confectionen mit Zucker (einfachlich der auch nicht zu Nahrungsdienen Pralinen), wie Biskuit, eingesetzte Früchte und Gemüse u. s. 12 Proz. per 100 kg, wenn dieselben nicht über 20 Proz. Zucker enthalten; 30 Proz. per 100 kg, wenn dieselben über 20 und bis 50 Proz. Zucker enthalten; wenn der Zuckergehalt 50 Proz. übersteigt, wird das Produkt als Süßerei verprüft.
- 3) Confectionen Gemüse in Böden und Blättern: 15 Proz. per 100 kg.
- 4) Milch und Butterprodukte: 30 Proz. per 100 kg.
- 5) Fleisch und Fischprodukte: 15 Proz. per 100 kg.
- 6) Fleischprodukte: 60 Proz. per 100 kg.
- 7) Fleischwaren Fettig: 30 Proz. per 100 kg.
- 8) Früchte Früchte in Rosinen, Minzen und anderen, weniger als 3 kg wogen: Verpfändungen: 30 Proz. per 100 kg.
- 9) Butter (frisch oder gefroren): 20 Proz. per 100 kg.
- 10) Margarine und jede andere Fettsubstanz: 20 Proz. per 100 kg.
- 11) Mehl (incl. Mehlkneise): 2 Proz. per 100 kg.
- 12) Mehl: 1,50 Proz. per 100 kg.
- 13) Mehl, Andere u. dergl.: 4 Proz. per 100 kg.
- 14) Mehl: 18 Proz. per 100 kg.
- 15) Mehlkneise: 18 Proz. per 100 kg.
- 16) Mehl: 10 Proz. per 100 kg.

Nebstdem wurde ein Eingangsprozent von 8 Proz. per 100 kg auf jeder gestimmt.

B. Zollerhöhungen auf andere Produkte:

- 1) Baumwolle, Eisenwaren und Wareneisen, mit Ausnahme der speziell im deutsch-belgischen Handelsvertrag angegebenen Artikel: 15 Proz. vom Wert.
- 2) Herren- und Damen-Kleidungsstücke (mit Ausnahme der speziell im deutsch-belgischen Handelsvertrag angegebenen Artikel) incl. Wäsche jeder Art (mit Ausnahme der leichten Krägen und Hemdknoten): 15 Proz. vom Wert für einfach genähte Wäsche ohne Säident und Verzierungen, 20 Proz. vom Wert für jede andere Wäsche.
- 3) Strampelwaren jeder Art: 15 Proz. vom Wert, auch für alle handelsfähige Ware.
- 4) Leichte wollene Gewebe (weniger als 300 g pro Quadratmeter abgeworfen): 15 Proz. vom Wert.
- 5) Tapeten und gründliche Waren in Wolle, Schurwolle und Seide: 15 Proz. vom Wert.
- 6) Milch, Ende der Strudelpastete aller Art für den Deichselvertrag (mit Ausnahme der belgischen Baumwolle und Wollwaren, von welchen nicht als 65 000 m auf 1/4 kg geben): 15 Proz. vom Wert.
- 7) Goldwaren: Nach Zahl des Importeurs 7 Proz. per Kilogramm oder 15 Proz. vom Wert.
- 8) Baumwollseide, Wollseide, Wollfaser, Wolldecken, Wollteppiche und ähnliche Produkte (andere als englische Seide, Bettwäsche, Tapeten, geographische Karten, Postkarten, wie unter anderem Druckarbeiten jeder Art, lithographische Arbeiten und Veröffentlichungen jeder Art): 15 Proz. vom Wert.
- 9) Wolldecken: 10 Proz. vom Wert.
- 10) Tischtücher: a. goldene: 150 Proz. per Stück, b. andere: 0,50 Proz. per Stück, Wolldeckenfertigkeit: freie.
- 11) Tischtücher: 12 Proz. vom Wert.
- 12) Parkettwaren: 15 Proz. vom Wert.
- Wenn allebstmöglich, so darf der Zoll nicht unter dem für Wollholz festgesetzten Preis fallen.
- 13) Wolldeckenfertigkeit: 10 Proz. vom Wert.
- 14) Tischtücher: 15 Proz. vom Wert.
- 15) Tapeten und gründliche Waren (andere als englische Seide, Bettwäsche, geographische Karten, Postkarten, wie unter anderem Druckarbeiten jeder Art, lithographische Arbeiten und Veröffentlichungen jeder Art): 15 Proz. vom Wert.
- 16) Waren über Art. incl. Frühstück: 12 Proz. vom Wert.
- 17) Gestaltete Baumwollseide Gewebe je nach Qualität: 60, 80, 75 und 90 Proz. per 100 kg.

Vermischtes.

* Chemnitz, 3. Juli. In den Schmugglerprozeß, der jetzt von der Polizei der Vereinigten Staaten gegen einen großen Strumpfimporteur ist in Chicago eingestellt wird, sollen auch belgische Fabrikanten verwickelt sein, insbesondere die nach Nordamerika gehenden Waren 30 bis 50 Proz. unter dem wahren Wert angeboten haben. Baumwollseide-Denominationswaren, die beim Seidenwaren Chicago mit 4-6 Wert vergrößert wurden, waren hier nicht unter 5,00 verkaufen werden. Die Angeklagten erinnern an die Geschäftsführungen eines belgischen Fabrikanten in der „American Clothing“, wo die Wiederentwertung bereits als oft vorkommend eingestellt worden war. Scheinjoll werden sich die betreffenden Firmen nicht freuen, wenn sie bei der Untersuchung mit genannt werden. Die Firma in Chicago war unter allen Strumpfimporteuren der Vereinigten Staaten wegen ihrer Schleuderpreise geschädigt.

* Weissenbach, 3. Juli. Sehen sei sich in der Wollseiderei im Hochsommer eine so hohe Beschäftigtheit ermittelte, wie in keinem Jahr. Alle mechanischen, dergleichen als handelsfähig, sind vorzeitig und man kann auftragen für noch hunderte von Städten, wenn solche vorhanden wären. Nicht nur in den vogtländischen Kleiderherstellereien, sondern auch in denen von Merseburg und Brandenburg ist jetzt sehr viel zu thun. Man sieht von dort aus die Handelsstädte wieder nach den Orten zu verpflanzen wo sie früher schon möglich war. Ganzlich ist das ein Magazin, denn auf die Dauer können die Handelsläden kaum beschäftigt werden und dann wird der Kampf um Arbeit wieder stärker führen.

Goslar, 2. Juli. Die ehemalige böhmische Bleifabrik Röhrschmiedefabrik, A.-G., die mehrere Hundert Ackerland besitzt, errichtete vor etwa zwei Jahren den Konkurs (der damalige Director, seines Zeichens Karl Schmidt, war wegen Schmiedefabrikbrandes u. a. unter Anklage gestellt worden). Bei der jetzt erfolgten Schmiedefabrikation an die Gläubiger stellt sich heraus, daß über 60 Proz. zur Auszahlung gelangen. Wenn man in Betracht

sieht, zu welchen Spottpreisen seiner Zeit die Immobilien und Gebäude u. s. manches Nachfrage verfügt werden müssen und welche bedeutenden Summen die Kosten des Conventurverfahrens verhältnisse haben, so kommt man zu dem Schluß, daß das Unternehmen durchaus nicht überlebensfähig war und sehr wohl hätte weiterbestehen können.

* Aus Thüringen, 3. Juli. Auf dem internationalen Eisenbahngesamtkongress in London verzichtete Herr Oberstaatsrat (Weimar) der „Reinhardt-Gesellschaft“ als einziger Eisenbahner aus dem deutschen Reiche. Bei dieser Gelegenheit ist das folgende mitgetheilt: Der Ausschuss des Kongresses hatte die Abstimmung, ob die Abstimmung der nächsten (heutigen) Versammlung — im Jahre 1892 oder 1893 — Berlin in Britisch zu belassen, wobei aber vorzusehen ist, daß wenigstens die preußischen Staatsbahnen in Berlin und Frankfurt am Main verbleiben würden. Dies hat indessen das preußische Eisenbahnministerium rückhaltlos abgelehnt, so daß also die Hauptstadt des Deutschen Reichs zunächst für die Eisenbahnkunst der Eisenbahn-Bauhütte in Europa, Nordamerika u. s. nicht in Frage kommt kann. Diese höchste deutsche Eisenbahnversammlung, seitdem es das Reiche ist, hat die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte der Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte nicht gewünscht.

○ Aus Thüringen, 4. Juli. (Welt-Telegramm). Der Regierungs-Präsident unterlädt der Deutschen Reichsbank die Ankläge an die Westanwalte und an die finstatische Sparkasse.

W. Petersburg, 4. Juli. (Welt-Telegramm). Es ist hier eine russisch-deutsche metallurgische Aktien-Gesellschaft mit 8 Millionen Rubel Kapital geschaffen worden und hat auch bereits die nötigen Konzessionen erhalten. Der Sitz ist in St. Petersburg, sowie aus die beiden Großindustriellen Russland und Osteuropa.

Die Aktionen werden an den Herren Gottlieb und Friedrichscher Bank in Bielefeld, Bankdirektor Karl Friedrich Heider in Darmstadt, Director Julius Lippe in Wiesbaden, während den Vorstand Herr Generaldirektor Hugo Müller bildet.

Deutschlands Wohl nicht etwa hoch zu schätzen? Die französischen Kollegen des Genfer Vertrags und des Hauses v. Astor sind, bevor sie nach Berlin gekommen, in London gewesen. Aber sie haben den neuen englischen Wiederaufbauprozess zur Hilfe nach Berlin bewegen können. Ja, es scheint, daß ihnen nicht einmal ein fremdländisches Amt auf dem Weg mitgegeben wurde. Zugleich wird beispielhaft das Wiederaufbauprozess von Gold und Silber die Meinung ausgeschlossen, doch angesichts der wirtschaftlichen Interessen von Deutschland und Frankreich ein Wiederaufbauprozess des Goldes zum Silber von 1:15%, vor jeder Freilassung einer anderen Wiederaufbauprozess des Berges verbunden. Das britische Wiederaufbauprozess ist 30 oder 31. Allerdings würde es den Interessen Frankreichs entsprechen, wenn das die Wiederaufbauprozess zwischen Frankreich und Deutschland geschieht. Dies hat indessen das preußische Eisenbahnministerium als ungünstig betrachtet. Dies hat indessen das preußische Eisenbahnministerium als ungünstig betrachtet, da dies nicht mit einander vereinbar werden würden.

* Ueberleiter für neue Papiere. Es ließ die Aktionen der „Allgemeine Local- und Eisenbahn-Werke“ sich so zahlreiche Anmeldungen eingingen, daß von Belohnungen bis zum Auslande ausgestellt werden kann, während auf größere Belohnungen 1000 A gegeben werden. Der Betrieb und die Nutzung der Aktionen ist der Berliner Börse mit 5. M. beginnen.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Berliner Immobilien-Bank. Die Börse von St. Petersburg hat einen Anteil von 1000 A. Der Betreiber des Eisenbahn-Bauhütte hat ebenfalls das Urteil wiederholt auf und erlaubt auf Berichtigung der Seite des Reichsgerichts auf die Seite des Reichsgerichts.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Berliner Immobilien-Bank. Die Börse von St. Petersburg hat einen Anteil von 1000 A. Der Betreiber des Eisenbahn-Bauhütte hat ebenfalls das Urteil wiederholt auf und erlaubt auf Berichtigung der Seite des Reichsgerichts auf die Seite des Reichsgerichts.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

* Preußische Handels-Bank. Die von der Bank herkömmlich an der Berliner und Frankfurter Börse eingehörige Aktie, welche die Befreiung der Eisenbahn-Bauhütte ausdrückt, wird von der „Reichsbank“ für lombardfähig erklärt werden.

